

# Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben + Schwule in Hamburg zur Wahl der 22. Hamburgischen Bürgerschaft

am 23. Februar 2020

DIE LINKE wird auch in der kommenden Legislaturperiode in der Opposition sein. Als Opposition kommt uns im Parlament eine wichtige Kontrollfunktion zu, die durchaus Wirkung entfaltet. Kontrollfunktion bedeutet, die Regierung immer wieder zu kontrollieren, nachzufragen, kritische Verbesserungsvorschläge zu machen, und vor allem auch die Umsetzung angekündigter Maßnahmen anzumahnen und bisher vernachlässigte Themen auf die Tagesordnung zu setzen. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir z.B. die fortdauernde Praxis der Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern in Hamburg problematisiert und immer wieder auf die fehlende Gesundheitsversorgung für HIV-positive Menschen ohne Krankenversicherung hingewiesen bis vor kurzem der Senat ankündigte, zumindest ein Modellprojekt für diese Gruppe zu starten.

1. „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ fortschreiben und ausfinanzieren

*1.1 und 1.2 DIE LINKE setzt sich selbstverständlich dafür ein, dass der Landesaktionsplan zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fortgeschrieben und kontinuierlich mit Geld ausgestattet wird.*

*Bei der Weiterentwicklung, Umsetzung und Evaluation des Aktionsplans ist eine stärkere Partizipation, Mitgestaltung und Mitbestimmung der Interessenvertretungen queerer Menschen notwendig, die im Übrigen von den Interessenvertretungen nicht komplett unbezahlt geleistet werden kann. Hier ist es dringend notwendig zumindest über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder oder Ähnliches nachzudenken.*

*Als Oppositionspartei haben wir nur beschränkten Einfluss auf das Regierungshandeln d. h. in diesem Fall auf die Verteilung von Geldern und die tatsächliche Umsetzung von Maßnahmen und die Entwicklung neuer Maßnahmen. Aber wir haben auch schon aus der Opposition heraus viel erreicht. Wir sehen es als unseren Job an hier immer wieder kritisch nachzuhaken und darauf hin zu wirken dass queere Themen auf die Agenda kommen.*

2. Lesbische Sichtbarkeit fördern - Aktivist\*innen stärken

*2. 1 Die Diskussion über die Setzung eines Schwerpunkts für die Fortschreibung des Aktionsplans und für die Förderung von entsprechenden Projekten und Veranstaltungen sollte mit der LSBTI\*-Community geführt werden und aus ihr heraus erfolgen. Wir finden das Thema lesbische Sichtbarkeit darüber hinaus sehr wichtig und setzen uns auch für die Rechte von Lesben und gegen Sexismus und gegen Homo- und Transfeindlichkeit gegen Lesben und dementsprechend auch dafür ein dass dies ein Schwerpunktthema wird. Frauen müssen im öffentlichen und politischen Raum sichtbar werden können.*

*2.2 „Lesbische Sichtbarkeit“ als Handlungsfeld bei der Fortentwicklung des Aktionsplans besonders zu berücksichtigen halten wir für einen guten Vorschlag.*

### **3. Vielfalt und Respekt in Schule und Bildung fördern**

*Die Maßnahmen, die der Hamburger Senat 2017 im „Aktionsplan für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (Drs. 21/7485) beschlossen hat, weisen in die richtige Richtung. Sie sind aber ausbaufähig. Insbesondere die im Aktionsplan umrissene Einschränkung des Kreises der Ansprechpersonen für Fragen sexueller und Unterstützung auf Beratungslehrkräfte und den schulischen Beratungsdienst sehen wir kritisch.*

*Im Rahmen unseres Entwurfs für ein neues, inklusives Schulgesetz sehen wir die Umgestaltung des Bildungswesens an den UN-Konventionen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und über die Rechte von Kindern vor. Dies bedeutet, dass Schule Kinder und Jugendliche umfänglich zu ihren individuellen Bildungswegen befähigen soll. Die Gewährleistung der Teilhabe am Unterricht ist ein uneingeschränktes Recht der Kinder und Jugendlichen, für die die Schule zu sorgen hat – aller Kinder.*

*Wir setzen uns für die Einrichtung einer unabhängigen Mobbingstelle orientiert am Berliner Vorbild ein sowie für die Überarbeitung und Ausweitung der Erfassung von Mobbingfällen, um zielgenau entgegenwirken zu können. Wir setzen uns für eine Schulgesundheitsfachkraftstelle an jeder Schule ein. In Modellprojekten in Hessen und Brandenburg wurde sichtbar, dass die Schulgesundheitsfachkräfte zu einem allgemeinen positiven und förderlichen Schulklima beitragen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, §2 des HmbSG umzusetzen, der zur Erziehung zu Toleranz und Solidarität verpflichtet. Integraler Bestandteil ist es, der Sichtbarkeit von LSBTI\*-Kinder und Jugendliche angstfreien Raum zu verschaffen.*

*Bisher sind Schüler\*innen an öffentlichen Schulen nicht durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vor Diskriminierung z.B. geschützt, deshalb fordert die Linke in ihrem Wahlprogramm ein Landesantidiskriminierungsgesetz, ähnlich wie es in Berlin jetzt gerade beschlossen wird. Das wäre ein weiteres Instrument, um Schüler\*innen vor Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität oder der sexuellen Orientierung, aber auch aufgrund einer Behinderung, des sozialen Hintergrunds oder des (zugeschriebenen) ethnischen Hintergrunds zu schützen.*

*3.1.und 3.2 Wir werden zusammen mit der queeren Community an Lehrer\*innen herantreten und sie für queere vielfältige Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien –auch bereits im Vorschul- und Grundschulbereich - begeistern. Darüber hinaus würden wir auch in der Bürgerschaft hierauf hinwirken.*

*3.3 und 3.4 Das Landesinstitut für Lehrer\*innenbildung und Schulentwicklung fördert zusammen mit anderen Initiativen und Akteur\*innen die Bildung von Lehrer\*innen und die Verankerung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt im Schulkontext und das sollte weitergeführt und gestärkt werden und in allen Schulen Eingang in den regelmäßigen Lehrbetrieb zu finden. Es ist wichtig dass in den Schulen LSBTI\*-Lehrer\*innen eingestellt werden bzw. dass Lehrkräfte geoutet lehren können ohne Angst vor Nachteilen zu haben und die vielfältigen Lehrinhalte somit sicher stellen*

*könnten und als Vorbild und Ansprechpersonen für queere Schüler\*innen fungieren können.*

*Darüber hinaus muss es möglich werden dass die Schuldatenbank, in der die Adressen, Namen und das Geschlecht registriert werden um auch die Zeugnisse auszustellen, dem Wunschgeschlecht auch bereits vor der Angabe im Personalausweis entspricht –mit Pronomen, Geschlecht und Vornamen.*

*3.5 Das Projekt Soorum muss ausgeweitet, verstetigt und bedarfsgerecht finanziert werden. Dafür wird sich DIE LINKE einsetzen.*

#### 4. Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

*4.1 Niedrigschwellige Angebote für Betroffene müssen ausgebaut werden. Das heißt etwa Ausbau und Weiterfinanzierung bestehender queerer Beratungsstrukturen, aber auch die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle.*

*Polizei und Staatsanwaltschaften müssen weiter verstärkt für die Thematik sensibilisiert werden und es sollte speziell geschultes Personal und auch für LSBTI\* öffentlich so sichtbares Personal auch bei der Staatsanwaltschaft und den Behörden geben. Es gibt bereits seit 2014 LSBTI\* Ansprechpartner\*innen bei der Polizei Hamburg. Das ist gut, aber sicher auch entwicklungsfähig. Wir setzen in dem Bereich aber in erster Linie auf Maßnahmen zur Prävention und gesellschaftliche Sensibilisierung, denn wenn die Strafverfolgungsbehörden gebraucht werden ist im Vorfeld bereits einiges schief gelaufen. Leider sind Hassverbrechen natürlich bittere Realität. Besonders geschultes Personal, ob bei der Polizei, den Behörden oder der Staatsanwaltschaft halten wir daher für ein sinnvolles Instrument.*

*4.2 Ja, genau das fordern wir schon lange. Es braucht dringend grundlegende wissenschaftliche Studien hierzu, um darauf aufbauend funktionierende Konzepte gegen Homo-, Trans\*feindlichkeit und Hassgewalt auf den Weg zu bringen.*

*4.3 Seit dem 1.1.2020 gibt es bundesweit das Merkmal „sexuelle Identität/Geschlecht“ in der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität. Das ist ein Fortschritt. Damit die Statistik überhaupt den Anteil von trans\*feindlichen Hassdelikten bei den angezeigten Taten wiedergibt, müssen trans\*feindliche Taten erstmal als solche erkannt und registriert werden (hierzu auch die vorherigen Fragen.) Die LINKE hat in der Vergangenheit regelmäßig die Zahlen für Hass-Delikte in Hamburg erfragt. Wir werden das weiterhin tun und ein Augenmerk darauf richten, wie sich die Statistik in Bezug auf trans\*feindliche Delikte entwickelt.*

#### 5. Regenbogenfamilien stärken

*5.1 Wir setzen uns für die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz von vielfältigen Familienmodellen ein. Voraussetzung für die Entwicklung eines Bewusstseins für die Auseinandersetzung mit dieser. In diesem Sinne Befürworten wir entsprechende Weiterbildungsangebote in den Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe und die Bereithaltung von spezifischen Beratungsangeboten.*

*5.2 DIE LINKE steht für inklusive Kitas und Schulen ein. Inklusion bedeutet natürlich auch die Berücksichtigung und Akzeptanz von Regenbogenfamilien.*

## **6. Respekt und Akzeptanz von LSBTI\* in der Arbeitswelt erhöhen**

*6.1 Der Katalog des Aktionsplans sieht unter den Punkten 38ff eine Vielzahl guter Maßnahmen vor. Diese reichen von der Weiterentwicklung diskriminierungsfreier Bewerbungsprozesse und Diversity-Schulungen, über die Sensibilisierung und Qualifizierung von Schlüsselakteur\*innen bis zur Prüfung der Einrichtung einer Anlaufstelle für Konfliktfälle. Wir unterstützen und fördern die Umsetzung dieser Maßnahmen und begleiten diese kritisch.*

*6.2 Diversität auch in Hinblick auf die Vielfalt von Lebensweisen und sexuellen und geschlechtlichen Identitäten sollte in der gesamten Gesellschaft als normal anerkannt werden. Dies gilt natürlich auch für das Arbeitsumfeld, egal wo. Hier wäre denkbar sich mit der queeren Community zusammen zu setzen und eine Initiative zu überlegen und gemeinsam an privatwirtschaftliche Unternehmen heran zu treten um diese für LSBTI\* zu sensibilisieren. Ggf. wäre die Ausschreibung eines Preises für Diversity für privatwirtschaftliche Unternehmen motivierend. Das müsste mit der queeren Community diskutiert werden.*

## **7. Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen**

*7.1 und 7.2 Wir wollen Präventionsmaßnahmen gegen Homo- und Transphobie/feindlichkeit fördern, z. B. durch die Stärkung queerer Sportvereine und die Förderung von Kursangeboten für Menschen mit einer sexuellen Orientierung, die nicht dem traditionell heteronormativen Denken, entspricht oder geschlechtlichen Identität, die nicht den binären/also nur zweigeschlechtlichen Geschlechtervorstellungen entspricht.*

*Vereinsatzungen und Stadionordnungen können wir als Partei wenig beeinflussen. Wir setzen aber vor allem auf unsere Mitglieder die in Vereinen organisiert sind, sich in diesen für die Gleichberechtigung aller und gegen Homo- und Transphobie zu engagieren.*

*Neben dem Vereinssport sind in diesem Kontext sind auch private Fitness-Studios und Schwimmbäder (z.B. Bäderland) wichtig in den Blick zu nehmen denn hier bestehen besondere Diskriminierungsrisiken gegenüber LSBT\*. Wir halten es hier für sinnvoll die Antidiskriminierungsberatung zu stärken und private Anbieter\*innen zu Runden Tischen und Aktionsbündnissen gegen Homo- und Transfeindlichkeit einzuladen. Außerdem finden wir es wichtig dass Konferenzen wie zuletzt die Bundesnetzwerktagung queerer Sportvereine in unserer Stadt tagen.*

8. Queere Geflüchtete schützen - LSBTI\*-inklusive Integration von Geflüchteten und Migrant\*innen sicherstellen

8.1 Um für die besonderen Bedarfe von LSBTI\*-Geflüchteten sowie den Umgang mit ihnen sensibilisiert zu werden, bedarf es entsprechender Fortbildungen in den jeweiligen Einrichtungen. DIE LINKE fordert Schulungen für die Mitarbeitenden in den Unterkünften und anderen Einrichtungen. Ebenso ist eine Sensibilisierung von Freiwilligen erforderlich. DIE LINKE steht hierfür in Kontakt mit der Freiwilligenkoordination des Unternehmens fördern & wohnen (AöR), mit der Aktivoli sowie mit diversen außerparlamentarischen Initiativen, etwa der Diakonie, dem Paritätischen usw. DIE LINKE setzt sich auch dafür ein, Diversität ganzheitlich zu verstehen und nicht mehr ausschließlich bezogen auf das Merkmal Herkunft ODER sexuelle bzw. geschlechtliche Orientierung. In der Polizei halten wir jede Form von Öffnung, wie sie insbesondere hinsichtlich Gender und Ethnie geschieht und noch stärker geschehen muss, für hilfreich, um auch gegenüber anderen Diversitätsmerkmalen aufgeschlossener zu werden.

8.2 Ja. Auch in der Vergangenheit hat sich DIE LINKE dafür eingesetzt, dass das Sprachkursangebot an die Lebenswirklichkeiten der Kursteilnehmer\*innen angepasst wird. Grundsätzlich müssen Sprachkurseangebote die Verschiedenheit der Kursteilnehmer\*innen mit ihren je unterschiedlichen Bedarfen und Lebenswirklichkeiten berücksichtigen. Dies betrifft z.B. die Uhrzeiten, zu denen Sprachkurse für Berufstätige angeboten werden, aber auch das Sprachkursangebot für Hörgeschädigte oder psychisch Belastete. Auch Sprachkursangebote für Menschen mit Kinderbetreuungsbedarf sollten ausgebaut werden. Gerade so, wie es unterschiedliche Sprachkursformate für unterschiedliche Zielgruppen geben sollte, sollten die Lebenswelten der Sprachkursteilnehmenden auch in den Lehrmaterialien Eingang finden. Dies betrifft LSBTI\*-Migrant\*innen gerade so, wie alle anderen.

8.3 Wichtige Bausteine gegen die Mehrfachdiskriminierung sind die unter 8.1 und 8.2 geschilderten Maßnahmen. Wir stehen außerdem für einen Ausbau der Beratungsangebote für LSBTI\*-Migrant\*innen, auch in den Unterkünften. Aber auch besondere Schutzorte für queere Geflüchtete sind wichtig. Wir setzen uns in Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen, etwa dem BHF – Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen – dafür ein, dass Menschen, die diskriminiert werden, als besonders schutzbedürftig eingestuft und – sofern sie in einer öffentlichen Einrichtung wohnen – entsprechend untergebracht werden. Denn insbesondere in Wohnunterkünften von fördern & wohnen (AöR) sind die Wohnverhältnisse so eng, dass Menschen mit besonderen Schutzbedarfen häufig nicht vor Diskriminierungen geschützt werden können. Wir haben uns für die Einrichtung einer Ombudsstelle für Geflüchtete stark gemacht. Dort können auch LSBTI\*-Geflüchtete ihre Belange vorbringen. Außerdem sehen wir es als Aufgabe aller Träger der Jugend- und Familienarbeit an, sich verstärkt LSBTI\*-Themen bei Migrant\*innen und deren Familienangehörigen zuzuwenden.

8.4 Ja. Wie bereits ausgeführt, halten wir ein Beratungsangebot für sehr wichtig. Selbstverständlich werden wir also die Weiterarbeit der Koordinierungsstelle für LSBTI\* Migrations- und Fluchtarbeit über das Jahr 2020 hinaus fördern, verstetigen und bei Bedarf ausbauen.

9. Akzeptanz von Vielfalt in allen Lebensaltern verwirklichen

9.1 Die Maßnahme 56 des Aktionsplans sieht die „Berücksichtigung der Themen sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identitäten in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von in der Pflege tätigem (Fach-)Personal“ vor. Die Umsetzung dieser Maßnahme obliegt der BGV und der BSB und ist als laufend markiert. Als Oppositionspartei werden wir den Stand der Umsetzung überprüfen und ggf. auf eine zügige Realisierung drängen.

9.2 Wir halten die Etablierung und Unterstützung derartiger Modellprojekte für sehr wichtig. Wir unterstützen sie definitiv in ihren Anliegen und freuen uns wenn Projekte oder Akteur\*innen mit Projektideen auf uns zukommen. Außerdem sieht der Aktionsplan unter Maßnahme 66 vor, zu Überprüfen inwiefern „vorhandene bezirkliche Beratungsangebote über generationenübergreifendes und altersgerechtes Wohnen um LSBTI\* spezifische Aspekte ergänzt werden können“. Bei einer reinen Überprüfung darf der Prozess natürlich nicht stehen bleiben, die Ergebnisse müssen auch umgesetzt werden.

9.3 Auch hier sind die Stichworte wieder Aufklärung, Weiterbildung, Sensibilisierung und Qualifizierung. Personen, die in der Kinder- und Jugendhilfe oder in Hamburger Freizeiteinrichtungen tätig sind, sollten den jungen Menschen Offenheit ggü. des Themas Coming Out signalisieren, und deutlich machen, dass sie mit ihren Anliegen willkommen sind, und als vertrauensvolle und empathische Ansprechpersonen fungieren. Hierbei ist wünschenswert wenn sie selber auch LSBTI\* sind. Es braucht safe spaces und Orte an denen Jugendliche zusammenkommen und sich angstfrei über Themen wie sexuelle Identitäten informieren und austauschen können. Wir unterstützen Zudem die langfristige Weiterfinanzierung des Schulaufklärungsprojekts Soorum, die auf diesem Feld wichtige Arbeit leisten.

9.4 Wir unterstützen dieses Anliegen im Rahmen unserer Möglichkeiten als Oppositionspartei. Die Forderung könnte etwa als zu realisierende Maßnahme in den Katalog des Aktionsplans aufgenommen werden.

## 10. Vielfalt in Funk und Fernsehen in Hamburg

10.1 Wir würden die Einrichtung einer solchen Selbstvertretung unterstützen.

## 11. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

11.1 Der Aktionsplan sieht zwar einige sinnvolle Maßnahmen in diesem Bereich vor (Nr. 58 – 61). Allerdings sehen wir hier noch Handlungsbedarf bei der Umsetzung und werden hier weiterhin kritisch und beharrlich begleiten und nachfragen. Wir halten es für sinnvoll, die spezifischen Bedürfnisse von trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen in die Ausbildungs-Curricula der akademischen und nicht-akademischen Gesundheits-Fachkräfte (Medizin, Psychologie, Pflegewissenschaft, Hebammenwissenschaft, aber auch in die generalisierte Pflegeausbildung und die Ausbildungen für therapeutische Berufe wie z.B. Logopädie). Gleichzeitig ist es notwendig, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Fachkräfte im Beruf bereitzustellen. Hierbei ist es zielführender Trans\*- und Intergeschlechtlichkeit spezifisch zu behandeln und nicht einfach unter LSBTI\*/LSBT\*I zu subsumieren. Zudem ist es wünschenswert in den Fortbildungen in erster Linie Fachkräfte einzusetzen, die selbst trans\* oder inter\* sind.

11.2 Ein kultursensibler Umgang mit LSBTI\*-Klient\*innen in der Pflege sollte regulärer Bestandteil der Ausbildungen im Gesundheitsbereich sein (siehe auch 11.1). Als Querschnittsthema sollte eine durchgängige Integration des Themas in geeignete Fortbildungen (z.B. Biographiearbeit) stattfinden und auch als eigenes Schwerpunktthema angeboten werden. Bisher existieren z.B. für Pflegeeinrichtungen und auch Arztpraxen schon verschiedene Qualitätssiegel, die entsprechende Fortbildungen bei den Beschäftigten voraussetzen, das wollen wir weiter fördern. Der Aktionsplan hält auch hier einige Maßnahmen bereit, die aus unserer Sicht aber mit sehr viel mehr Überzeugung und Tatkraft umgesetzt werden. Auch hier werden wir weiterhin unsere Rolle als Opposition wahrnehmen und kritisch begleiten und nachfragen.

11.3 Hier sehen wir verschiedene Ansatzpunkte, die (weiterhin) gefördert werden sollten: Angebote der psychosozialen Beratung, der sexuellen Bildung, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in positiver Weise berücksichtigen, Angebote der Prävention, die die Vielfalt der sexuellen Orientierungen, geschlechtlichen Identitäten und Körperlichkeiten berücksichtigen bzw. für diese Zielgruppen konzipiert sind und die Fortbildung bzw. Sensibilisierung der Behandler\*innen (z.B. Gynäkolog\*innen oder Urolog\*innen). Wichtig ist, die freien Träger in diesem Bereich auskömmlich zu finanzieren. Dazu gehört auch die Ausfinanzierung von Tarifsteigerungen.

11.4 Wir sehen die Versorgungslücken und -engpässe, Diskriminierungsrisiken und Barrieren in der Gesundheitsversorgung (z.B. bei der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, in der stationären Psychiatrie, oder den Kostenerstattungsverfahren im Zuge von geschlechtsangleichenden Maßnahmen) als ein ernstes Problem an. Als Oppositionspartei werden wir uns dafür einsetzen, dass die Gesundheitsbehörde zusammen mit den betreffenden Akteur\*innen im Gesundheitswesen und den Selbstorganisationen von transgeschlechtlichen Menschen gemeinsam an Lösungen arbeitet. Hier sehen wir beim Senat und den Akteur\*innen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen (z.B. Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung) leider noch keine ausreichende Initiative. Hier werden wir als Opposition kritisch darauf hinwirken.

12. Hamburg tritt für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik ein

12.1 Unbedingt. Bereits im November haben wir auf Bundesebene gemeinsam mit Grünen und FDP einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorgelegt, der die Einfügung des Merkmals der sexuellen Identität in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes vorsieht. Der Bundestag hat diesen nach erster Lesung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen. Hier werden wir uns selbstverständlich weiterhin für die Realisierung des Entwurfes einsetzen.

12.2 Wir setzen uns für vielfältige Familienmodelle ein und sehen hier definitiv auch einen Bedarf der Novellierung des Abstammungsrechts auf juristischer Ebene. Neben Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien, muss es auch möglich sein, dass trans\* männliche Menschen, die Kinder geboren haben, auf der Geburtsurkunde als Vater eingetragen werden. Genauso auch, dass trans\*weibliche Menschen als Mutter eingetragen werden. Die jetzige Regelung, bei der sie als Mutter mit dem alten Vornamen eingetragen werden, führt zu vielfältigen Diskriminierungen und Behinderungen im Alltag von der Anmeldung in der Kita bis zur Passkontrolle am

*Flughafen. Zudem muss es auch möglich sein mehr als zwei Elternteile anzugeben und rechtens zu machen, wenn diese Eltern der Kinder oder des Kindes sind. Hier sehen wir wenn sich dazu nichts ändert das Kindeswohl gefährdet und setzen uns ein für ein Abstammungsrecht, das die soziale Realität abbildet und dem Wohl von Kind (und auch Eltern) dient.*

13. Hamburg setzt sich für die Menschenrechte von LSBTI\* ein

*13.1 Ja, die Belange von LSBTI\* sind ein Querschnittsthema und sollten auch im Hinblick auf die internationalen politischen Beziehungen Hamburgs Berücksichtigung finden.*

13.2 Ja.